



	CDU CSU	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP	AfD
Frage 1: Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode für eine Änderung des Waffenrechts eintreten?						
Frage 2: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der offiziellen Polizeilichen Kriminalstatistik begangene Straftaten mit Schusswaffen nach legalen und illegalen Waffen unterschieden wird?						
Frage 3: Was werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz in Deutschland und Europa unternehmen?						
Frage 4: Wie bewerten Sie die bestehenden Regelungen zur Waffenaufbewahrung?						
Frage 5: Halten Sie eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger und Sportschützen für sinnvoll?						
Frage 6: Ist Ihre Partei bereit den Wunsch der Wähler auf Bildung einer Regierungskoalition zu berücksichtigen?						
Frage 7: Hält Ihre Partei ein Verbot von Waffen im privaten Besitz für notwendig						

Legende :



Stimmt mit BDMP
Position überein



Stimmt in Teilen mit
BDMP Position überein



Stimmt nicht mit
BDMP Position überein



keine Angabe

Bitte beachten Sie: Diese Übersicht stellt sehr vereinfacht die Antworten der Parteien dar. Für eine detaillierte Darstellung empfehlen wir die Stellungnahmen der einzelnen Parteien auf den nachfolgenden Seiten



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des
Bundes der Militär- und Polizeischützen e. V.**

1. Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode für eine Änderung des Waffenrechts eintreten?

„CDU und CSU wissen sehr gut, dass die ganz überwiegende Mehrheit der legalen Waffenbesitzer – wie Jäger, Schützen und Waffensammler – verantwortungsvoll mit ihren Waffen umgehen. Wir sind stets dafür eingetreten, dass sie nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden. Der berechtigte Waffenbesitz muss auch in Zukunft in Deutschland anerkannt bleiben. Denn eine Gefahr geht zu einem ganz überwiegenden Teil nicht von den unzähligen rechtstreuen Legalwaffenbesitzern aus, sondern von den leider viel zu vielen illegalen Waffen. Schon in den letzten Jahren haben wir hier einen besonnenen Kurs gesteuert. Unser Waffenrecht trägt in ausgewogener Weise sowohl den Belangen der öffentlichen Sicherheit als auch den berechtigten Belangen der Legalwaffenbesitzer Rechnung. Bei Umsetzungsnotwendigkeiten europäischer Richtlinien haben wir mit Augenmaß gute Lösungen erreichen können, die mehr Sicherheit bringen und zugleich verhindern, dass Jäger und Sportschützen unnötig mit Bürokratie belastet werden. Deutschland verfügt über eines der strengsten Waffengesetze in der Welt. Das bestehende deutsche Waffenrecht hat sich bewährt und bietet grundsätzlich ausreichende Möglichkeiten, den Missbrauch von Schusswaffen und Munition wirksam zu verhindern. Insofern sind systematische Verschärfungen oder Lockerungen weder erforderlich noch beabsichtigt. Das schließt nicht aus, dass aufgrund des technischen Fortschritts sowie infolge neuer Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden punktuelle Präzisierungen der Rechtsgrundlagen erforderlich werden können.“

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der offiziellen Polizeilichen Kriminalstatistik begangene Straftaten mit Schusswaffen nach legalen und illegalen Waffen unterschieden wird?

„Eine Differenzierung zwischen legalen und illegalen Waffen in der Polizeilichen Kriminalstatistik wäre zwar wünschenswert, lässt sich jedoch praktisch kaum realisieren, da sich bei zahlreichen Straftaten unter Verwendung von Waffen im Nachhinein nicht feststellen lässt, ob eine legale oder illegale Waffe verwendet wurde. Dies betrifft insbesondere Fälle, in denen der Täter und/oder die Tatwaffe im Nachhinein nicht aufgefunden werden können.“

3. Was werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz in Deutschland und Europa unternehmen?

„Die gesetzlichen Regelungen des Waffenrechts ermöglichen es, den Erwerb und Besitz von Schusswaffen wirksam zu kontrollieren. Verstöße hiergegen werden strafrechtlich sanktioniert. Das Nationale Waffenregister, in dem seit 2020 der gesamte Lebenszyklus einer Schusswaffe von der Herstellung bis zur Vernichtung lückenlos dokumentiert wird, verbessert die Nachverfolgbarkeit und erschwert das Verschwinden von Schusswaffen in der Illegalität.

Waffen gehören nicht in die Hände von Extremisten. Daher haben wir die Regelabfrage der Waffenbehörden beim Verfassungsschutz eingeführt und die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass bereits die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung zur waffenrechtlichen Regelunzuverlässigkeit führt. Auf diesem Weg wollen CDU und CSU weitergehen und den Datenaustausch zwischen den Behörden erleichtern. Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass Richter direkt bei der Verurteilung eines extremistischen Straftäters ein generelles, lebenslanges Waffenverbot aussprechen können. Die Mindeststrafe für illegalen Waffenhandel wollen wir deutlich erhöhen. Er soll künftig mit einer Freiheitsstrafe von nicht unter zwei Jahren geahndet werden. Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern arbeiten eng zusammen, um die illegale Beschaffung von Schusswaffen und Munition zu unterbinden und Verstöße zu ahnden. Dies schließt Maßnahmen gegen die illegale Einfuhr von Schusswaffen aus dem Ausland ein.“

4. **Wie bewerten Sie die bestehenden Regelungen zur Waffenaufbewahrung?**
5. **Halten Sie eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger und Sportschützen für sinnvoll?**

Die Fragen 4 und 5 werden zusammen beantwortet:

„Der Vorschlag einer verpflichtenden zentralen Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition, z. B. in Vereinsheimen, wurde in der Vergangenheit wiederholt geprüft, jedoch nicht umgesetzt. Grund hierfür ist, dass bei einer zentralen Aufbewahrung eine größere Anzahl von Schusswaffen an einem gegebenenfalls allgemein bekannten Ort gelagert würde, was Anreize für Kriminelle bieten könnte. Das kann nicht unser Ziel sein. Daher lehnen CDU und CSU einen solchen Vorstoß ab.“

6. **Sind Ihre Parteien bereit, den Wunsch der Wähler auf Bildung einer Regierungskoalition zu berücksichtigen?**

„Ja, CDU und CSU sind bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Wir kämpfen für ein gutes Wahlergebnis und werben für unsere Positionen. Wir sind davon überzeugt, dass unser Regierungsprogramm die richtigen Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft gibt. Wir setzen alles daran, von den Wählerinnen und Wählern den Auftrag zur Bildung einer Regierung zu erhalten. Diesen Auftrag werden wir dann in einer Koalition umsetzen. Die Richtschnur des politischen Handels ist und bleibt dabei unser Regierungsprogramm.“

7. **Hält Ihre Partei ein Verbot von Waffen im privaten Besitz für notwendig?**

„Nein. Jäger, Sportschützen, Waffensammler und Erben sollen weiterhin erlaubnispflichtige Waffen besitzen dürfen, sofern sie die persönlichen Anforderungen erfüllen. Das Bedürfnisprinzip des deutschen Waffenrechts besagt, dass diejenigen Personen Zugang zu erlaubnispflichten Waffen erhalten, die hierfür einen rechtlich anerkannten Grund geltend machen können wie etwa Jäger, Sportschützen, Waffensammler oder Erben. Diese Regelung hat sich bewährt. Angehörige der genannten Gruppen, die die übrigen Erlaubnisvoraussetzungen (wie Zuverlässigkeit, persönliche Eignung und Sachkunde) nachweisen können, sollten daher auch weiterhin die Möglichkeit haben, Zugang zu Schusswaffen und Munition zu erhalten.“



Wahlprüfstein Bund der Militär- und Polizeischützen e. V.

1. Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode für eine Änderung des Waffenrechts eintreten?

„Mit dem neuen Waffenrecht haben wir bereits mit der Entwaffnung von Extremisten begonnen. Wir werden auch weiterhin Rechtsextremisten und Reichsbürger, die Feinde unserer Demokratie, konsequent entwaffnen und von Waffen fernhalten.“

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der offiziellen Polizeilichen Kriminalstatistik begangene Straftaten mit Schusswaffen nach legalen und illegalen Waffen unterschieden wird?

„Wir halten eine Optimierung des Systems der Kriminal- und Rechtspflegestatistiken generell für erforderlich und werden regelmäßig einen Periodischen Sicherheitsbericht erstellen. Ob aber auch eine nähere Aufschlüsselung der Herkunft von Schusswaffen in PKS und dem BKA-Lagebild Waffenkriminalität zweckmäßig und leistbar ist, bedarf näherer Prüfung.“

3. Was werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz in Deutschland und Europa unternehmen?

„Illegaler Waffenbesitz ist ein ernstzunehmendes Problem. Das Gefährdungspotenzial durch Schusswaffen ist für Leib und Leben sehr hoch. Geschätzt gibt es etwa 17 Millionen illegale Waffen in Deutschland. Gehandelt werden illegale Waffen vor allem im Darknet, hier setzen wir bei der Strafverfolgung in erster Linie an.“

4. Wie bewerten Sie die bestehenden Regelungen zur Waffenaufbewahrung?

„Weitere Änderungen im Waffenrecht sehen wir derzeit nicht vor.“

5. Halten Sie eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger und Sportschützen für sinnvoll?

„Eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger und Sportschützen würde andere Sicherheitsprobleme (Bildung von Waffenlagern) und auch praktische Probleme (etwa für Jäger im Falle angefahrenen Wildes zur Nachtzeit) aufwerfen. Änderungen planen wir derzeit nicht.“

6. Ist Ihre Partei bereit den Wunsch der Wähler auf Bildung einer Regierungskoalition zu berücksichtigen?

„Vor jeder Koalitionsfrage haben immer die Wählerinnen und Wähler das Wort. Unser Kanzlerkandidat Olaf Scholz und die gesamte SPD kämpfen dafür, dass die SPD so stark wie möglich wird und den Auftrag erhält, eine Regierung zu bilden. Sollte das gelingen, dann verstehen wir unsere Aufgabe darin, eine stabile Koalition zu schmieden, die gut ist für Deutschland. Wir wissen, dass die Voraussetzung für das Gelingen eines Regierungsbündnisses der gemeinsame Wille aller Beteiligten ist, erfolgreich sein zu wollen. Zudem müssen politische Kompromisse für die jeweiligen Regierungsparteien, ihre Anhänger und für das Land gleichermaßen gut sein.“

7. Hält Ihre Partei ein Verbot von Waffen im privaten Besitz für notwendig?

„Die SPD hat dafür gesorgt, dass es in Deutschland eines der strengsten Waffengesetze weltweit gibt. Auch wenn wir wissen, dass die ganz überwiegende Zahl der Schützen sehr verantwortungsvoll mit ihren Sport- und Jagdwaffen umgehen, so hat sich zuletzt in tragischer Weise gezeigt, dass legale Waffen in falschen Händen lagen. Um das besser zu verhindern, haben wir Vorkehrungen im Gesetz verankert. Ein grundsätzliches Verbot von Waffen im privaten Besitz ist nicht Beschlusslage der SPD.“

„Vielen Dank für das Interesse an unseren politischen Positionen.“

Bitte schauen Sie sich auch unser Zukunftsprogramm für Deutschland an. Es zeigt, wofür wir stehen, was uns antreibt, wonach wir streben.“

Mit freundlichen Grüßen
SPD-Parteivorstand,
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin



Antworten auf die Wahlprüfsteine vom Bund der Militär- und Polizeischützen e.V. anlässlich der Bundestagswahl 2021

1. Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode für eine Änderung des Waffenrechts eintreten?

„In Deutschland gibt es über fünf Millionen legale Waffen. Jedes Jahr sterben Menschen auch durch legale Waffen, beim Hantieren mit ihnen oder durch Straftaten. Diese reichen von häuslicher Gewalt über Amokläufe bis hin zu extremistischen Attentaten. Solche Straftaten werden nicht unbedingt durch die Legalwaffenbesitzer*innen begangen, sondern auch durch Menschen, die sich rechtswidrig Zugang zu diesen Waffen verschaffen, zum Beispiel im gemeinsamen Haushalt. Wir GRÜNE fordern daher auch in der kommenden Legislaturperiode Verbesserungen des Waffenrechts. Zum Beispiel wollen wir, dass alle, die eine waffenrechtliche Erlaubnis anstreben, ihre psychische Eignung nachweisen müssen und wollen die Altersschwelle für die Vorlage eines medizinisch-psychologischen Zeugnisses in § 6 Abs. 3 WaffG abschaffen.“

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der offiziellen Polizeilichen Kriminalstatistik begangene Straftaten mit Schusswaffen nach legalen und illegalen Waffen unterschieden wird?

„Ja, wir GRÜNE unterstützen eine differenzierte Erfassung im Sinne der Fragestellung. Um ein valides Bild über die Dimensionen und Ursachen von Straftaten, die unter Zuhilfenahme von Schusswaffen begangen wurden, zu erhalten, braucht es endlich eine verbesserte kriminalstatistische Erfassung. Es muss dokumentiert werden, ob eine Straftat mit einer legalen oder illegalen Schusswaffe begangen wurde, ob es bei der Tat auch zu einer Schussabgabe kam und ob die oder der Tatverdächtige berechtigt war, die Waffe zu besitzen oder nicht.“

3. Was werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz in Deutschland und Europa unternehmen?

„Um den illegalen Waffenhandel einzudämmen, braucht es zwingend eine bessere Zusammenarbeit der Polizei in Europa und auch über die Grenzen Europas hinaus sowie eine Stärkung von Europol. Gegen illegalen Waffenbesitz und -handel, z.B. im sog. "Darknet", müssen die Sicherheitsbehörden konsequent vorgehen und hierfür auch die nötigen Kapazitäten haben. Die Bekämpfung terroristischer Netzwerke, ob islamistisch oder rechtsextremistisch, und deren Verbindungen mit der organisierten Kriminalität und Waffenhandel müssen dabei einen Schwerpunkt bilden.“

4. Wie bewerten Sie die bestehenden Regelungen zur Waffenaufbewahrung?

„Wir GRÜNE wollen die gesetzlichen Regelungen über die Kontrolle und Lagerung privater Waffen- und Munitionsbestände erweitern und dadurch sicherstellen, dass es in der erforderlichen Regelmäßigkeit zu entsprechenden Kontrollen des privaten Waffen- und Munitionsbestands einschließlich deren Lagerung kommt. Außerdem wollen wir die Kontrollen der Waffenbehörden durch eine gesetzliche Meldepflicht erleichtern, die dafür Sorge tragen soll, dass Angaben zum privaten Waffenbestand regelmäßig den Waffenbehörden übermittelt werden, so dass bei Kontrollen in der Regel auf eine Chronologie von Selbstangaben Bezug genommen werden kann.“

5. Halten Sie eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger und Sportschützen für sinnvoll?

„Um insbesondere Tötungsdelikte, die im familiären Umfeld aus einem Affekt heraus begangen werden und oft mit der Selbsttötung des Täters enden (sogenannte Homizid-Suizid-Taten), zu verhindern, fordern

wir GRÜNE hinsichtlich der rein privaten Lagerung von Munition im Waffenrecht strikte Beschränkungen jedenfalls für den sportlichen Bereich vorzusehen, sodass Munition in der Regel nur dort gelagert werden darf, wo Waffen auch zu Wettkampf- oder Übungszwecken abgefeuert werden dürfen. Damit soll sichergestellt werden, dass Waffen, die dauerhaft in privaten Räumen gelagert werden, grundsätzlich weder schussbereit sind noch ohne erheblichen zeitlichen Verzug schussbereit gemacht werden können.“

6. Ist Ihre Partei bereit den Wunsch der Wähler auf Bildung einer Regierungskoalition zu berücksichtigen?

„Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik kämpfen wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, um die politische Führung in diesem Land, inhaltlich und personell.

Ja, wir sind bereit als Teil einer Regierungskoalition Verantwortung zu übernehmen und stehen je nach Willen der Wähler*innen für Gespräche mit den demokratischen Parteien nach dem 26.09. zur Verfügung.“

7. Hält Ihre Partei ein Verbot von Waffen im privaten Besitz für notwendig?

„Jeder Mensch, der durch eine Waffe stirbt, ist einer zu viel. Deshalb wollen wir GRÜNE die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen – außer für Jäger*innen, die ohne diese Waffen ihre Aufgaben nicht erfüllen können – schrittweise beenden. Auch im Bereich des Schießsports setzen wir uns im Dialog mit Sportschütz*innen für die Umstellung auf nichttödliche Schusswaffen ein.“

DIE LINKE. Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Redaktion Wahlprüfsteine

DIE LINKE.

LINKE Antwort Wahlprüfstein

Berlin, den 09.08.2021

1. Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode für eine Änderung des Waffenrechts eintreten?

„Nein. Wir sehen derzeit keinen Änderungsbedarf. Bei einer Änderung der EU-Feuerwaffenrichtlinie könnte sich allerdings erneut Anpassungsbedarf ergeben.“

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der offiziellen Polizeilichen Kriminalstatistik begangene Straftaten mit Schusswaffen nach legalen und illegalen Waffen unterschieden wird?

„Nein. Für die Straftaten und ihre Opfer ist es egal, ob sich eingesetzte Waffen im legalen Besitz befunden haben oder nicht. Die Polizei verfügt über das Polizeiliche Informations- und Analysesystem über ausreichende Informationen zur Herkunft von rechtswidrig verwendeten Waffen.“

3. Was werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz in Deutschland und Europa unternehmen?

„Es müssen Möglichkeiten zur straffreien Abgabe illegaler Waffen (bspw. vererbte oder aufgefundene Waffen) geschaffen werden. Vertriebswege von illegalen Waffen müssen konsequent ermittelt und geschlossen werden. Dafür ist eine Kooperation mit den Herkunftsländern von illegalen Waffen erforderlich, sie muss vertieft werden. Das Nationale Waffenregister muss so funktionsfähig sein, dass alle Beteiligte schnell erkennen können, wenn Waffen oder Waffenteile abhanden gekommen sind.“

4. Wie bewerten Sie die bestehenden Regelungen zur Waffenaufbewahrung?

„Die bestehenden Regelungen haben sich aus unserer Sicht bewährt. Sie halten die Waffenbesitzer zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit ihren Waffen an, auch durch die behördlichen Überwachungs- und Durchsetzungsbefugnisse.“

5. Halten Sie eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger und Sportschützen für sinnvoll?

„Nein. Eine zentrale Waffenaufbewahrung birgt die Gefahr, dass sich Kriminelle mit einer einzigen Tat eine große Zahl an Waffen illegal aneignen können. Eine dezentrale und sichere Aufbewahrung (s. Frage 4) ist aus unserer Sicht bewährt und sollte beibehalten werden.“



6. Ist Ihre Partei bereit den Wunsch der Wähler auf Bildung einer Regierungskoalition zu berücksichtigen?

„Die Wählerinnen und Wähler entscheiden sich für das Programm und Personal einer Partei, nicht für eine Koalition. Präferenzen für bestimmte Koalitionen in ihrer Wählerschaft werden von den Parteien aber selbstverständlich berücksichtigt.“

7. Hält Ihre Partei ein Verbot von Waffen im privaten Besitz für notwendig?

„Nein. Wir wollen an dem derzeitigen System des grundsätzlichen Waffenverbots mit Ausnahmen für diejenigen, die ein Bedürfnis (Sport, Jagd, Brauchtumpflege, Eigensicherung) geltend machen können, festhalten.“



Sehr geehrter Herr Brandenburger,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Bundestagswahl 2021.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen zu Ihren Fragen beziehungsweise Forderungen gerne Stellung.

Im Folgenden übermittle ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten unsere Antworten:

1. Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode für eine Änderung des Waffenrechts eintreten?

„Wir Freie Demokraten stehen für ein Waffenrecht mit Augenmaß und Konsequenz. Dabei muss zwischen den Besitzerinnen und Besitzern von Legalwaffen wie Sportschützen und Jägern und zwischen dem illegalen Waffenbesitz sowie dem Waffenbesitz durch gefährliche Personen strikt unterschieden werden. Wir lehnen Forderungen nach einem Verbot des privaten Schusswaffenbesitzes entschieden ab. Ein solcher Schritt führt zu keinem nennenswerten Sicherheitsgewinn, beeinträchtigt aber den Schießsport und seine Traditionen in erheblichem Ausmaß. Gleichzeitig verschließen wir nicht die Augen davor, dass von Waffen in den falschen Händen eine Gefahr ausgeht. Es ist deshalb unser erklärtes Ziel, Extremisten zügig zu entwaffnen. Dazu muss der Datenaustausch der beteiligten Behörden verbessert werden und der illegale Waffenhandel auf europäischer Ebene stärker bekämpft werden. Eine Verschärfung des Waffenrechts über das gegenwärtige Maß hinaus braucht es jedoch nicht. Vielmehr mangelt es an einer konsequenten Umsetzung. Im Übrigen sprechen wir uns für eine Generalrevision des Waffenrechts aus. Die Vielzahl der Gesetzesänderungen der Vergangenheit hat das Waffengesetz unhandlich und benutzerunfreundlich gemacht. Ein modernes Waffenrecht muss übersichtlich und leicht verständlich sein. Regelungen, die übereilt eingeführt wurden, um die Sicherheit zu erhöhen, müssen auf den Prüfstand und hinsichtlich ihrer Geeignetheit und Erforderlichkeit neu bewertet werden.“

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der offiziellen Polizeilichen Kriminalstatistik begangene Straftaten mit Schusswaffen nach legalen und illegalen Waffen unterschieden wird?

„Ja. Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat bereits gefordert, dass die Herkunft sichergestellter und beschlagnahmter Waffen in der Polizeilichen Kriminalstatistik und im Bundeslagebild Waffenkriminalität aufgeführt und insbesondere dokumentiert wird, ob diese bei der Tat legal oder illegal besessen wurden (BT-Drs. 19/27183). Außerdem sollte bei Straftaten mit Schusswaffen stets vermerkt werden, ob diese legal oder illegal besessen wurden. Auch müssen Verstöße gegen das Waffengesetz durch den Handel und Besitz illegaler Waffen und Kriegswaffen deutlich detaillierter im Bundeslagebild Waffenkriminalität dargestellt werden, damit Defizite in der Regulierung und Strafverfolgung ermittelt werden können.“

3. Was werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz in Deutschland und Europa unternehmen?

„Viele Straftaten werden mit illegalen Schusswaffen begangen. Wie viele genau, ist leider nicht klar, da die statistischen Daten derzeit kaum Rückschlüsse zulassen. Eine gesicherte Datenlage ist aber unbedingt notwendig, um evidenzbasierte Entscheidungen treffen zu können. Wir fordern deshalb eine bessere Erfassung illegaler Schusswaffen und ein konsequenteres Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen Besitz und Handel. Die in diesem Bereich müssen mehr Ermittlerinnen und Ermittler eingesetzt und technisch

besser ausgestattet werden. Auf europäischer Ebene muss ein stärkeres Augenmerk auf die Unterbrechung der Handelsrouten gelegt werden. Hierfür sollte insbesondere EUROPOL die nötigen Kompetenzen erhalten.“

4. Wie bewerten Sie die bestehenden Regelungen zur Waffenaufbewahrung?

„Die bestehenden Regelungen sind sachgerecht. Insbesondere die Forderung nach der zentralen Aufbewahrung von Waffen und Munition übersieht, dass derartige Lager kaum hinreichend vor Einbruch geschützt werden können. Zudem muss es beispielsweise den Jägerinnen und Jägern möglich bleiben, zeitnah auf Waffen und Munition zuzugreifen, allein schon damit sie zügig verunfalltem Wild nachgehen können. Waffen und Munition müssen daher auch weiterhin geschützt im Privatbesitz verbleiben. Alles andere würde im Übrigen nach unserer Auffassung das Eigentumsrecht an den legal erworbenen Waffen von Sportschützen, Jägern und Waffensammlern unangemessen beeinträchtigen.“

5. Halten Sie eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger und Sportschützen für sinnvoll?

„Nein, siehe auch Antwort auf Frage 4.“

6. Ist Ihre Partei bereit den Wunsch der Wähler auf Bildung einer Regierungskoalition zu berücksichtigen?

„Wir wollen Regierungsverantwortung übernehmen und liberale Inhalte als Teil der Bundesregierung umsetzen.“

7. Hält Ihre Partei ein Verbot von Waffen im privaten Besitz für notwendig?

„Ganz klar: Nein. Legalwaffenbesitzerinnen und -besitzer sind rechtstreue Bürgerinnen und Bürger, die sich vielfach unberechtigt dem Verdacht ausgesetzt sehen, eine Gefahr für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger darzustellen. Das deutsche Waffenrecht stellt sicher, dass nur zuverlässige Personen mit einem nachgewiesenen Bedürfnis Schusswaffen besitzen dürfen. Bestrebungen, den privaten Waffenbesitz gänzlich zu untersagen, lehnen wir entschieden ab.“

Lassen Sie uns dazu auch nach der Bundestagswahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
Dr. Volker Wissing
Generalsekretär



1. Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode für eine Änderung des Waffenrechts eintreten?

„Die AfD wendet sich gegen weitere Verschärfungen im Waffenrecht. Unsere Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung in ihrem Antrag (Drucksache 19/30193) dazu auf, bis auf Weiteres keine Gesetzentwürfe mehr in den Bundestag einzubringen oder weiter zu verfolgen, „die eine Verschärfung des Waffenrechts, auch in Bezug auf den Erwerb und Besitz von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen vorsehen“. Darüber hinaus fordert die AfD-Fraktion in dem Antrag die Bundesregierung dazu auf, die in ihrem Gesetzentwurf „zur Verbesserung waffenrechtlicher Personenüberprüfungen“ (Drucksache 19/29487) vorgesehenen Regelabfragen der zuständigen Waffenbehörde bei anderen Behörden und Mitteilungspflichten anderer Behörden im Falle einer Weiterverfolgung dieser Gesetzesinitiative zu streichen. Zugleich wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, „im Rahmen einer Gesetzesinitiative darauf hinzuwirken, die Regelabfrage der Waffenbehörden bei den Verfassungsschutzbehörden wieder abzuschaffen“.

Ferner soll die Bundesregierung nach dem Willen unserer AfD-Fraktion die nach Paragraph 14 des Waffengesetzes begrenzte Erwerbsmöglichkeit für Sportschützen auf zehn Waffen wieder aufheben. Außerdem fordert unsere Fraktion die Bundesregierung auf, „genauer zu analysieren, inwieweit sich die jüngsten Verschärfungen im Waffenrecht auf den legalen Erwerb und Besitz von Schusswaffen gerade im Hinblick auf Gebührensteigerungen und Wartezeiten nachteilig für Legalwaffenbesitzer in der Praxis ausgewirkt haben“.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der offiziellen Polizeilichen Kriminalstatistik begangene Straftaten mit Schusswaffen nach legalen und illegalen Waffen unterschieden wird?

„Ja, unbedingt. Bei der Erfassung von Straftaten mit Einsatz von Schusswaffen ist eine Differenzierung zwischen legalen und illegalen Waffen in der Kriminalstatistik sinnvoll und zu befürworten. Diese Differenzierung hat es bis 2015 im „Bundeslagebild Waffenkriminalität“ auch gegeben. Daraus war ersichtlich, dass legale Feuerwaffen bei Straftaten kaum Verwendung finden. Im Zuge einer organisatorischen Umstellung bei der Erhebung der statistischen Daten ist diese Praxis aufgegeben worden und soll laut Auskunft des von der CSU geführten zuständigen Bundesinnenministeriums (BMI) auch nicht wieder aufgenommen werden. Mutmaßlich deswegen, weil Gegnern der nächsten Waffenrechtsverschärfung nicht die Möglichkeit gegeben werden soll, auf die offiziellen Kriminalstatistiken verweisen zu können. Diesen Sachverhalt hatte die AfD aufgedeckt und publik gemacht. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2021/kriminalitaet-mit-schusswaffen-legal-illegal-scheissegal/>“

3. Was werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz in Deutschland und Europa unternehmen?

„Waffen gehören nicht in die Hände von Kriminellen oder gewaltbereiten Extremisten. Dazu muss insbesondere der Schwarzmarkthandel mit Waffen nachhaltig und effektiv bekämpft werden.“

4. Wie bewerten Sie die bestehenden Regelungen zur Waffenaufbewahrung?

„Die bestehenden Regelungen zur Waffenaufbewahrung sind ausreichend und dürfen nicht weiter verschärft werden.“

5. Halten Sie eine zentrale Waffenaufbewahrung für Jäger und Sportschützen für sinnvoll?

„Die Idee der zentralen Lagerung Waffen und Munition ist ein Relikt des Unrechtsstaates DDR und entspringt dem Misstrauen gegenüber ihren Bürgern, steht aber in eklatantem Widerspruch zu den

Prinzipien eines liberalen Rechtsstaates. Dennoch wird sie immer wieder von politisch linker Seite erhoben. Darüber hinaus wäre sie angesichts der Vielzahl der Sportschützen, Jäger und anderer Waffenbesitzer auch praktisch undurchführbar und stellte im Ergebnis eine rechts- und verfassungswidrige Teil-Enteignung der Waffenbesitzer dar.

Die AfD lehnt diese illiberale Idee aus dem Giftschränk einer Diktatur entschieden ab. Waffen, die sich legal in Privatbesitz befinden, sollten auch privat aufbewahrt werden können. Die diesbezüglich bestehenden gesetzlichen Regelungen sind ausreichend und dürfen nicht weiter verschärft werden.“

6. Ist Ihre Partei bereit den Wunsch der Wähler auf Bildung einer Regierungskoalition zu berücksichtigen?

„Hierzu hat die AfD noch keine programmatische Position entwickelt.“

7. Hält Ihre Partei ein Verbot von Waffen im privaten Besitz für notwendig?

„Nein! Die AfD ist die einzige Partei, die die Interessen der Legalwaffenbesitzer entschlossen und konsequent vertritt und sich klar gegen weitere Verschärfungen im Waffenrecht positioniert. Wir setzen uns für das Recht auf den privaten Waffenbesitz unter anderem auch deshalb ein, weil Jäger, Schützenvereine und Waffensammler ein wichtiger Teil des kulturellen Brauchtums und der Tradition in Deutschland sind. Der in den letzten Jahren immer stärker werdende Druck der etablierten Politik auf die Legalwaffenbesitzer bringt ein Misstrauen und einen Generalverdacht gegen die Bürger zum Ausdruck, der durch nichts gerechtfertigt ist. Diesem Generalverdacht tritt die AfD entschieden und entschlossen entgegen. Das Waffenrecht in Deutschland ist bereits eines der restriktivsten und am strengsten geregelten in Europa und der gesamten westlichen Welt. Ein liberaler Rechtsstaat muss seinen Bürgern jedoch grundsätzlich vertrauen. Er muss es nicht nur ertragen können, dass Bürger legal Waffen erwerben und besitzen, sondern muss die Handlungsfreiheit seiner Bürger bewahren und freiheitsbeschränkende Eingriffe minimieren. Eine immer stärkere Überwachung und Bevormundung rechtstreuer Legalwaffenbesitzer lehnen wir entschieden ab, daher widersetzt sich die AfD weiteren Erschwerungen des legalen Besitzes von Waffen. Denn Terroristen und andere Verbrecher werden dadurch nicht daran gehindert, Waffen illegal zu erwerben und einzusetzen. Der Einsatz der AfD und ihrer Fraktion im Deutschen Bundestag für die Interessen von legalen Zivilwaffennutzern wie Sportschützen, Jäger, Waffensammler, Waffenfachhändler und Herstellerunternehmen hat bereits zu einer Reihe von parlamentarischen Initiativen geführt.“

Im Folgenden übersenden wir Ihnen hinsichtlich der grundsätzlichen Haltung der AfD zum Waffenrecht und dem Einsatz der AfD für Legalwaffenbesitzer gerne einen Überblick mit parlamentarischen Initiativen und Reden der Fraktion der AfD im Deutschen Bundestag: "Für ein Waffengesetz mit Augenmaß – Kein Generalverdacht gegen legale Waffenbesitzer" (Drs. 19/14504) <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/145/1914504.pdf> / Änderungsantrag zum Dritten Waffenrechtsänderungsgesetz für den Innenausschuss (19/4401), nicht öffentlich abrufbar Änderungsantrag zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 19/13839, 19/15875 –, (Drs. 19/15883) <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/158/1915883.pdf> / "Kein pauschales Verbot bestimmter Munitionsarten durch die Hintertür – Spielräume zur weiteren Verwendung rechtzeitig schaffen sowie Freiwilligkeit und Eigenverantwortung stärken" (Drs. 19/22924) <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/229/1922924.pdf> / Kleine Anfrage: "Mögliche Verschärfungen im Waffenrecht im Hinblick auf Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen" (Drs. 19/27417) <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/274/1927417.pdf> / Kleine Anfrage: "Kleiner Waffenschein und Straftaten" (Drs. 19/11388) <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/113/1911388.pdf> / (Drucksachen des Deutschen Bundestages können auch direkt über Suchmaschinen aufgerufen werden, falls ein Link nicht funktionieren sollte): Redebeiträge der AfD über das Dritte Waffenrechtsänderungsgesetz: <https://youtu.be/9A2gsw-rPFU> / Redebeitrag zur Debatte über das Dritte Waffenrechtsänderungsgesetz in Zweiter und Dritter Lesung: <https://youtu.be/hDmTy8t4v7s> / Öffentliche Anhörung zur Waffenrechtsverschärfung und Interview mit selbst geladener Expertin Katja Triebel: <https://www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2019/pm-191105-pm-innen-11-11-19-666434> / <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw46-pa-inneres-waffenrecht-666164> / <https://youtu.be/1GY4lrmflgo> Informationsflyer zu Initiativen der AfD an alle Schützenvereine in Deutschland: https://q2z7z6i5.rocketcdn.me/wp-content/uploads/2020/05/afd_btf_waffengesetz_2019_flyer_digitale_version.pdf / Presseberichte (Auszug): <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2021/kriminalitaet-mit-schusswaffen-legal-illegal-scheissegal/> <https://www.jagderleben.de/news/bleimunition-afd-fordert-kein-pauschales-verbot-712174>